Vor genau vier Jahrzehnten, Ende Februar 1986, stürzte mit Ferdinand Edralin Marcos einer der am längsten amtierenden Staatschefs (1965-86) in Südostasien. In den beiden Dekaden seiner Herrschaft verfolgte das Regime in Manila einen politischen und wirtschaftlichen Kurs, der den Archipel – vergleichbar seinen Anrainern Singapur, Hongkong, Taiwan und Südkorea – aus Unterentwicklung und Rückständigkeit herausführen sollte. Interne Machtverhältnisse und gezielte Interventionen der vormaligen Kolonialmacht USA waren verantwortlich dafür, dass die Marcos-Familie samt engster Vertrauter am 25. Februar 1986 von der US-Luftwaffe ins Exil auf Hawaii ausgeflogen wurde. Doch seit Sommer 2022 amtiert mit Ferdinand Marcos Junior – kurz „Bongbong“ oder „BBM“ genannt – der älteste Sohn des Diktators als Präsident im Malacañang-Palast zu Manila. Eine historische Rückschau unseres Südostasienexperten **Rainer Werning**.

Den ersten Teil des Beitrags können Sie hier nachlesen.

Die Kriegsrechtsperiode (1972-1981)

Die Proklamation Nr. 1081, mit der Marcos am 21. September 1972 landesweit das Kriegsrecht verhängte, markierte den aus Manilas Sicht erfolgreichen Prozess der Zentralisierung und Konzentration staatlicher Herrschaft. Die skizzierten Strukturmerkmale des neuen Entwicklungsmodells bedurften fortan lediglich der „Panzerung“ und Anwendung gegen ein wachsendes Potenzial seiner Gegner und Kritiker.

Die Instrumente zur Ausschaltung oppositioneller Regungen waren längst vor dem 21. September geschaffen worden. Gekoppelt mit den Maßnahmen Washingtons, seine Bündnispartner in der Region angesichts des sich abzeichnenden Vietnam-Debakels nicht abdriften zu lassen, sondern ihnen vielmehr – wenn schon nicht länger mehr mit Bodentruppen, so doch wenigstens mit drastisch aufgestockten Militär- und Materialhilfen gemäß der *Nixon-Doktrin* – Rückendeckung zu geben, bedeutete die Ausrufung des Kriegsrechts zu dieser Zeit keine Überraschung. Der von Marcos vorgeschobene Grund – das Zurückschlagen des Staates gegen eine von „rechten Oligarchen“, „linken Verschwörern“ und „sezessionistischen Moslems im Süden“ orchestrierte „Subversion“ – war fadenscheinig und zielte eher auf die Ausschaltung seiner politischen Rivalen (vorab Benigno Aquino) ab.

Opposition hatte sich seit 1970 unter den Bauern, städtischen (Transport-)Arbeitern, Studenten und Teilen der Intelligenz Bahn gebrochen, die aufgrund ökonomischer Benachteiligungen und mangelnder Arbeits- und Berufsperspektiven auf die Straße

gingen. So aufgewühlt waren die Wellen des Protests, dass deren Schaumkronen gar jenen Teil des Staatsapparates erfassten, dem Marcos bis dato wenig Aufmerksamkeit gewidmet, von dem er sich wohl auch eine zumindest neutrale Haltung versprochen hatte – nämlich die Judikative.

Am 17. August 1972 stufte der Oberste Gerichtshof im sogenannten *Quasha-Fall* sämtlichen von Amerikanern unter den Bedingungen der Gleichheitsklauseln erworbenen Grund und Boden als illegalen Besitz ein, der mit Auslaufen des diese Klauseln absichernden *Laurel-Langley-Abkommens* (4. Juli 1974) automatisch in philippinischen Staatsbesitz übergehen sollte. Am 18. August wurden ausländische Firmen durch den sogenannten *Lusteveco-Fall* aufgefordert, in bestimmten Wirtschaftszweigen nur Filipinos in Managementpositionen zu beschäftigen. Eine der allerersten Maßnahmen des Präsidenten nach seinem Coup bestand in der sofortigen Aufhebung dieser beiden spektakulären Urteile.

Wenig später konstatierte ein dem *US-Senatskomitee für Auswärtige Angelegenheiten* vorgelegter Bericht:

> *„Wir sind der Meinung, dass, wenn überhaupt, nur wenige Amerikaner die Einschränkung persönlicher Rechte und demokratischer Institutionen als negative Beeinflussung amerikanischer Interessen ansahen (…) Amerikanische Beamte sind zudem der Ansicht, dass die Stärkung präsidialer Autorität (…) Präsident Marcos befähigte, eine gewünschte Stabilität herbeizuführen, die in unserem Interesse erfolgte, und dass (…) die Militärbasen und eine uns wohlgesonnene Regierung in den Philippinen wichtiger als die Wahrung demokratischer Institutionen sind.“*

Am 9. Oktober 1972 gab Marcos der Zeitschrift *U.S. News & World Report* ein Interview, in dem er ausländische Kapitalgeber wie folgt hofierte:

> *„Wir sind an allen Formen von Kapital interessiert, und ich möchte an dieser Stelle zwei Dinge ausdrücklich betonen: Wir werden die großzügigsten Anreize geben, und ausländisches Kapital wird geschützt werden (…) Die Amortisation von Investitionen, Kapitalabfluss und Profittransfers wird garantiert.“*

In diesem Sinne erfolgte eine kontinuierliche Steigerung von US-Militärhilfen, während der Verteidigungsetat – inklusive der für geheimdienstliche Zwecke bereitgestellten Gelder – um das Zehnfache aufgestockt wurde. Die Militärstreitkräfte wuchsen sich bis Mitte der 1980er-Jahre mit 285.000 Mann (1972 waren es gerade einmal 62.000 Mann) zu einem formidablen Unterdrückungsapparat aus. Dazu gesellten sich noch die Kontingente der *Integrierten Nationalpolizei/Constabulary (INP/PC* – der Vorläuferin der heutigen Nationalpolizei, PNP), paramilitärische Verbände wie die *Integrierten Bürgerwehrtruppen (ICHDF)* sowie vom Militär geförderte beziehungsweise tolerierte pseudoreligiöse Banden und/oder Sekten wie *Rock Christ, Lost Command, New Jerusalem* und *Sigma*.

Die Militärgerichtsbarkeit hielt Einzug und selbst wirtschaftliche Planungs- und Infrastrukturmaßnahmen wurden zunehmend der Kompetenz des Militärs überantwortet, die Anfang 1980 immerhin über 50 Prozent aller Präsidialbeamten für regionale Entwicklungsvorhaben (PROD) stellten. Diese massive Militarisierung folgte ausschließlich einem internen „Sicherheits“kalkül; von außen hatte das Land keinerlei Bedrohung zu fürchten.

Der seit 1982/83 offiziell gültige *Oplan Katatagan (Operationsplan Stabilität)* zielte wie die bereits zuvor im Vietnamkrieg praktizierte *Operation Phoenix* auf die Aushebelung der „kommunistischen Infrastruktur und Logistik“ ab. Zwischen 1972 und 1984, so schätzte das Philippinische Rote Kreuz, wurden 5,7 Millionen Menschen (mehr als ein Zehntel der Bevölkerung) Opfer von Vertreibungen – städtische Arme, Bauern, ethnische Minderheiten und Moslems im Süden.

Qua Definition galten folglich selbst keimhafter Widerspruch und Protest als unzulässige Infragestellung der monolithisch gesetzten Nation, deren „Zurückschlagen“ allseits gerechtfertigt war. Zudem wurde ihm ein geopolitisches Element unterlegt: Dieses betonte die Stärkung nationaler Einheit und staatlicher Macht als unabdingbare Voraussetzung für ein Überleben in virulenter Ost-West-Blockkonfrontation. In letzter Konsequenz wurden das Fortbestehen des Staates und die Garantie nationaler Sicherheit, wie Marcos stets hervorhob, der Entscheidungsbefugnis der westlichen Führungsmacht USA überantwortet. Das Militär fungierte dabei als Rückgrat.

Der seit Herbst 1972 propagierte Regime-Slogan *Isang Bansa – Isang Diwa („Eine Nation – ein Geist“)* reflektierte die philippinische Variante jener Vorstellungen, die Brasiliens Sicherheitsideologe, General Golbery de Couto e Silva, einst so formuliert

hatte:

> *„Die Nation ist absolut, oder sie ist nichts. Eine Nation kann keinerlei Begrenzung ihrer absoluten Macht dulden.“*

Der Aquino-Mord (1983): Von der gesellschaftlichen Polarisierung zur Isolierung des Regimes

Nach erlittenen Rückschlägen bis Mitte der 1970er-Jahre war es der *Kommunistischen Partei/ Neuen Volksarmee (CPP/NPA)* und der ihr übergeordneten, im Frühjahr 1973 entstandenen *Nationalen Demokratischen Front der Philippinen (NDFP)* gelungen, ihre Operationsbasis auf die mittlere Visaya-Inselgruppe und nach Mindanao auszuweiten. Der von ausländischer Unterstützung abgeschnittenen Guerilla gelangen aufgrund einer geschickten Verknüpfung von bewaffnetem Kampf und politischer Massenarbeit in den Städten Einbrüche bis tief ins bürgerliche Lager hinein. Außerdem waren die neben dem Staatsapparat einzig intakt gebliebenen Institutionen, die Kirchen, deren unterer Klerus sich gleichsam Mitte der 1970er-Jahre auf oppositionelle Positionen begeben hatte, und kirchlich unterhaltene soziale Aktionszentren wiederholt zur Zielscheibe des Regimeterrors geworden.

So sehr Protest wie legaler und illegaler Widerstand wuchsen, so wenig war die Militärspitze unter General Fabian C. Ver der „Aufgabe“ gewachsen, der Guerilla das Rückgrat zu brechen. Für das Militär bereitgestellte Gelder versickerten in den Taschen von *fat bellies*. Das politische System und die Militärs erwiesen sich in dem Augenblick als dysfunktional, wo ihr Profil und die Legitimation staatlicher Herrschaft dringender denn je vonnöten waren. Mit der kaltblütigen Ermordung des nach dreijährigem Selbstexil in den USA zurückgekehrten Ex-Senators Benigno Aquino auf dem Flughafen von Manila (21. August 1983) spitzte sich diese Situation zu. Aquino war die Galionsfigur des auf einen friedlichen Wandel spekulierenden Bürgertums, der gemeinsam mit dem Erzbischof von Manila, Kardinal Jaime Sin, beabsichtigte, gegenüber dem Präsidenten einen nationalen Aus- und Versöhnungskurs ins Spiel zu bringen. Seine Liquidierung brachte die Protestspirale in Bewegung und dem Bürgertum schlagartig die Menschenrechtsfrage näher. Hatte dieses mehrheitlich zu dem alltäglichen Staatsterror gegen Bauern und ethnische Minderheiten geschwiegen, so propagierte es jetzt die Beseitigung der Marcos-Diktatur und machte sich partiell selbst die weitergehende Losung vom „Sturz der US-Marcos-Diktatur“ zu eigen.

Risse im „Entwicklungsmodell“

Die nach dem Aquino-Mord einsetzende Kapitalflucht führte dazu, dass Manila im Herbst 1983 den Reigen von Schuldenmoratorien eröffnen musste. Es sah sich außerstande, die immensen Auslandsschulden (26,5 Milliarden US-Dollar) zu bedienen, und wurde genötigt, in intensive Umschuldungsverhandlungen mit den 483 Gläubigerbanken zu treten. Es dauerte über ein Jahr, bis Marcos und Premier- und Finanzminister Cesar Virata Mitte Oktober 1984 die Absichtserklärung unterschrieben, wodurch sich Manila verpflichtete, allen Bedingungen zu genügen, um die Voraussetzungen für den Erhalt des 18. IWF-Standby-Kredits von 630 Millionen US-Dollar zu schaffen.

Die Zentralbank publizierte am 14. November das Wirtschaftsmemorandum der philippinischen Regierung, des IWF und des Internationalen Beratungskomitees, in dem sich Repräsentanten ausländischer Kreditinstitute zusammengeschlossen hatten. Ihm zufolge sollte sich das reale Wirtschaftswachstum im Durchschnitt der Jahre 1984 bis 1990 auf 1,9 Prozent belaufen, wobei allerdings nach den niedrigen Werten der beiden ersten Jahre ab 1987 mit einer jährlichen Zuwachsrate von vier Prozent gerechnet wurde. Da gleichzeitig die Einwohnerzahl im Jahresdurchschnitt 1984-90 um 2,4 Prozent und die Erwerbsfähigenzahl um 3,5 Prozent zunahmen, würde sich die wirtschaftliche Lage für das Gros der Bevölkerung in dieser Zeit noch verschlechtern und das Problem der Arbeitslosigkeit drückender werden. Die Kreditvergabe, so die Vereinbarung, sollte in sieben Tranchen und vorbehaltlich einer positiven Bewertung seitens eines IWF-Teams erfolgen, das das mit dem Darlehen gekoppelte Diktat in bestimmten Intervallen (15. März, 15. August und 15. November 1985) zu überwachen hatte.

Dermaßen einschneidend waren diesmal die Auflagen, dass man glauben konnte, über Nacht feiere das Lehnswesen als aktuelle Umgangsform zwischen Schuldner und Gläubiger eine Renaissance. Kurzfristig sollte Manila Preiskontrollen aufheben und eine „fortgesetzt gemäßigte Lohnpolitik“ betreiben, Investitionsprogramme drastisch zusammenstreichen und das interne (direkte wie indirekte) Steueraufkommen um 13 Milliarden Peso (ca. 650 Millionen US-Dollar) erhöhen, sämtliche Außenhandelsbeschränkungen beseitigen und die Interventionsmarge der Zentralbank beim Devisenhandel beschneiden sowie den Peso floaten und sämtliche Nahrungsmittelsubventionen (vorerst noch ausschließlich Reis) einstellen.

Die 630 Millionen US-Dollar verstanden sich als Teil eines 14 Milliarden US-Dollar betragenden Umschuldungspakets, das Manila in den kommenden Jahren zu

schnüren hatte. Aus IWF-Sicht handelte es sich um ein *recovery program*. Die Malaise der Wirtschaft bildete das chronische Zahlungsbilanzdefizit, das Ende 1984 zwei Milliarden US-Dollar ausmachte. Da eine Hauptkomponente der Zahlungsbilanz die Handelsbilanz darstellt, galt es nach Meinung der IWF-Experten, den Export weiter anzukurbeln, positive Handelsbilanzen herzustellen und letztlich die zur Schuldenbedienung erforderlichen Devisen zu erwirtschaften.

Bei näherer Betrachtung des Ex- und Importprofils ergab sich freilich, dass die Einfuhren wesentlich (über 50 Prozent) aus Kapitalgütern und Ölprodukten bestanden. Die Ausfuhren indes waren hochgradig importlastig, d.h., dass über 70 Prozent des Gesamtexportwerts aus notwendig zu importierenden Gütern für die Textil-, Elektronik-, extraktive und Landwirtschaftsbranche bestritten werden mussten. Ungleich den unelastischen Einfuhrpreisen waren diejenigen für Ausfuhren großen Schwankungen unterworfen. Zentralbankstatistiken wiesen aus, dass z.B. die Kokosnussöl-Exporte (die Inseln waren zu der Zeit der weltgrößte Kopraproduzent und -exporteur) zwar aufgrund weltweit gestiegener Nachfrage um 13 Prozent wuchsen, besagtes Produkt hingegen nur für durchschnittlich 513 US-Dollar pro Tonne statt des noch 1979 erzielten Tonnenpreises von 719 Dollar absetzbar war.

Steigende absolute und relative Verarmung

Mit mehr als 60 Prozent erreichte die Inflationsrate 1984 regionale Rekordhöhe. Das Bruttosozialprodukt verzeichnete einen Rückgang von sechs Prozent, ebenfalls ein Negativrekord in der Region. 1984 mussten 1.500 Firmen Bankrott anmelden und die Werkstore schließen. Über 90.000 Beschäftigte wurden auf die Straße geworfen, womit die Arbeitslosenquote – zumindest in Metro Manila – auf die 50-Prozent-Marke zusteuerte. Dass Manila sie weitaus niedriger ansetzte, resultierte aus seiner aberwitzigen Definition von Beschäftigung; danach galt bereits jeder als beschäftigt, der pro Quartal einen Tag arbeitete!

Veranschlagten Regierungsbehörden das zum Leben notwendige Tageseinkommen einer durchschnittlich sechsköpfigen Familie auf 110 Peso (5,5 US-Dollar), so betrug der gesetzlich vorgeschriebene Mindestlohn 59 Peso, der jedoch in den wenigsten Fällen gezahlt wurde. Untersuchungen verschiedener UN-Behörden, der in Manila beheimateten *Asiatischen Entwicklungsbank (ADB)* sowie der *University of the Philippines* bezifferten die Zahl der unterhalb beziehungsweise an der Armutsschwelle lebenden Menschen auf 70 bis 80 Prozent. Den durchschnittlichen Kalorienverbrauch gaben dieselben Organisationen mit täglich ca. 1.700 pro Kopf an

– weit unter dem als notwendig eingestuften Verbrauch von 2.020 pro Tag/Person und bedeutend niedriger als die von der *UN-Welternährungsorganisation (FAO, Rom)* angesetzte 2.350-Mindestmarke.

Intensives Krisenmanagement

Nach dem Aquino-Mord setzte seitens Washingtons ein intensives Krisenmanagement ein, um die wirtschaftspolitische und Legitimationskrise des Marcos-Regimes einzudämmen. Mitverantwortlich war hier nicht zuletzt die angeschlagene Reputation des Militärs. Generalstabschef Fabian C. Ver und weitere 25 Soldaten mussten im Herbst 1984 demissionieren, da sie der „Verwicklung“ in den Aquino-Mord angeklagt waren. Vers Position wurde von Generalleutnant Fidel V. Ramos eingenommen, einem an der renommierten US-Militärakademie *West Point* ausgebildeten Eliteoffizier mit Kampferfahrungen in Korea und Vietnam. Von ihm wurde erwartet, dass er das durch Korruption und Inkompetenz gebeutelte Militär neuerlich als schlagkräftiges Instrument zur effektiven Aufruhrbekämpfung gestaltete.

Seit Anfang 1984 bereisten zahlreiche hochrangige amerikanische Militärs, Politiker, Geheimdienstler und Bankiers den Archipel, um sich vor Ort ein Bild vom Ausmaß der Guerillaaktivitäten zu machen. Diesen Trend umzukehren, galt fortan die Stoßrichtung der *Inter-Agency Task Force on the Philippines*. Diesem sich regelmäßig treffenden, behördenübergreifenden Gremium aus Repräsentanten des Pentagon und State Department, des Weißen Hauses und Schatzamtes sowie der CIA oblag die Formulierung einer vis-à-vis den Philippinen stromlinienförmig abgestimmten Politik. Unstimmigkeiten beziehungsweise unterschiedliche Sichtweisen innerhalb der Task Force erschwerten zeitweilig eine Philippinen-Politik aus einem Guss.

Die Friktionen innerhalb dieser Task Force ließen sich wie folgt charakterisieren: Das Schatzamt, der IWF und das Weiße Haus waren primär an der wirtschaftlichen Gesundung interessiert und konzentrierten sich erst in zweiter Linie auf die Überwindung der politischen und Legitimationskrise. Donald Regan, zu der Zeit Finanzminister und später Stabschef im Weißen Haus, brachte diese Option auf den Nenner:

> *„Ich vertrete nicht den Standpunkt, dass wir eine Nation nur deshalb vom Angelhaken (hook) springen lassen sollen, weil wir für deren*

Schwierigkeiten Sympathien hegen. (…) Als Gläubiger, so meine ich, sollten wir sie (die Philippinen; RW) dazu bringen, so viel wie möglich (an Auslandsschulden; RW) zurückzuzahlen, ohne deren Genick zu brechen. Es geht doch nicht an, in einer derartigen Situation Herz über Hirn triumphieren zu lassen.“

Obgleich US-Präsident Ronald Reagan seinen nach dem Aquino-Mord geplanten Südostasien-Besuch abblies, leistete er sich während eines Fernsehduells mit seinem Herausforderer bei den Präsidentschaftswahlen, Walter Mondale, einen bemerkenswerten Flop. Er würde nicht zulassen, so Reagan im Dezember 1983: *„sie (die Marcos-Regierung; RW) den Wölfen (den Kommunisten; RW) vorzuwerfen und dann das Entstehen einer kommunistischen Macht im Pazifik zu dulden.“*

Diese Argumentation wertete das State Department als unzulässig eindimensional, klammerte sie doch kategorisch die bürgerlich-gemäßigte Opposition in Gestalt der *Vereinigten Nationalistischen Demokratischen Organisation (UNIDO***)** unter Vorsitz von Salvador H. Laurel und die von Kardinal Sin geführte Kirchenhierarchie aus. Einen wie auch immer gearteten Aufwertungsversuch der Marcos-Regierung wertete das State Department angesichts der gesellschaftlichen Polarisierung als politisch kontraproduktiv. Stattdessen schenkte es der UNIDO höchste Aufmerksamkeit und bemühte sich aktiv um deren Hoffähigkeit. In diesem Sinne nahm es nicht wunder, dass Washingtons Botschafter in Manila, Stephen Bosworth, mehrmals demonstrativ mit Politikern der UNIDO und ihr nahestehender Gruppierungen zusammentraf.

Das Pentagon bezog eine schillernde Position. Einerseits zog es seit Herbst 1983 erstmals die Verlagerung der im Lande installierten und größten außerhalb Nordamerikas befindlichen Militärbasen nach Mikronesien (Saipan, Tinian und Belau) in Betracht, plädierte aber nebst der ohnehin zwischen 1985 und 1989 gewährten Militär- und Wirtschaftshilfe für die Nutzungsrechte der Stützpunkte *Subic Naval Base* und *Clark Air Field* in Höhe von 900 Millionen US-Dollar für die Bereitstellung zusätzlicher Gelder im Rahmen von *Oplan Katatagan*. Dass es eine harte Tour verfocht, einem begrenzten und direkten US-Engagement bei der Counterinsurgency der philippinischen Streitkräfte nicht abgeneigt war, verwunderte kaum. Dass es aber eine materielle Stärkung durch eine persönliche Bevorzugung des auf Schlagkrafterhöhung bedachten Ramos zu Lasten des Marcos-Intimus Ver ergänzt sehen wollte und im ungebrochenen Krisenzustand eine über die politische Radikalisierung vermittelte potenzielle Gefährdung der Militärbasen

witterte, unterstrich seine Skepsis gegenüber einem rein militärisch motivierten Power Play.

Dennoch bestand innerhalb der Task Force ein Grundkonsens: Nebst dem militärstrategischen und für den Westen „ordnungspolitischen“ Aspekt war das Land ökonomisch von Bedeutung. Hier konzentrierte sich das Interesse der USA auf den Schutz ihrer (auf ca. vier Milliarden US-Dollar geschätzten) Direktinvestitionen, auf die Sicherung ihrer dominierenden Stellung im extraktiven, pharmazeutischen, Transport- und Finanzsektor, auf den Erhalt der ausgedehnten Zitrusfruchtplantagen solcher Firmen wie *Castle & Cooke* und *United Brands* (auf Mindanao) sowie auf die in den Exportproduktionszonen lukrative Billiglohnpolitik.

Schließlich fiel dem Archipel im Rahmen des sich von Australien über Mikronesien und Südostasien nach Taiwan, Südkorea und Japan erstreckenden *Pacific Rim* (Pazifischen Beckens) die Funktion eines Cordon sanitaire zu. Seit Beginn der 1980er-Jahre hatte diese Region Europa den Rang als der USA größter Handelspartner abgelaufen. Japan verfolgte hier eigene, jedoch mit Washington abgestimmte Interessen – z.B. das Offenhalten der für das Land sensiblen (Öl-)Nachschublinien wie die *Straße von Malakka* und das *Südchinesische Meer*. Im August 1985 kündigte Japans Ministerpräsident Yasuhiro Nakasone an, dass Tokio die lange Zeit als Hemmschwelle akzeptierte Begrenzung seiner Ausgaben für die eigenen *Selbstverteidigungskräfte* auf weniger beziehungsweise maximal ein Prozent des Bruttosozialprodukts zu überspringen gedenke. Dieser von den Task-Force-Parteien akzeptierte Konsens, gepaart mit dem emphatischen Bestreben, der in 62 von 73 Landesprovinzen verankerten Guerilla offensiver entgegenzutreten, war für das Zustandekommen eines arbeitsfähigen Kompromisses verantwortlich.

Ein delikates Amalgam aus ökonomischen, politischen und militärischen Elementen lieferte schließlich der von den Beteiligten Ende 1984 ausgearbeitete und dem Nationalen Sicherheitsrat der USA weitergeleitete Philippinen-Plan, den Präsident Reagan im Januar 1985 als nunmehr gegenüber dem Archipel verbindliche *National Security Directive (NSD)* unterzeichnete. In ihr war ein Bündel von 16 „hohe Priorität genießenden Veränderungen“ avisiert, um die Gefahr zu bannen, dass „ein radikalisiertes Philippinen die gesamte Region destabilisiert“. Von diesen Veränderungen wurde angenommen, dass „die gegenwärtige Regierung (sich) vielen von ihnen widersetzen wird“. Dazu zählten z.B. eine weniger rigide Amtsführung des Präsidenten, d.h. Abschaffung seiner mit dem *Preventive Detention Act (PDA)* geschaffenen legislativen Sondervollmachten, sowie das Aufbrechen des Zucker- und Kopramonopols. Sibyllinisch hieß es in diesem

Dokument: *„Präsident Marcos ist Teil des Problems, aber auch Teil dessen Lösung.“*

Hinter einer solchen Sprachregelung verbarg sich ein Affront gegen den Herrscher im Malacañang-Palast. Strategisch, im Sinne einer geordneten Nachfolgeregelung erwünscht, war eine Allianz des auf Reformen im Militär bedachten Ramos mit gemäßigten Politikern (aus dem UNIDO-Spektrum), wobei den aufgrund ihrer Kontakte zu internationalen Finanzkreisen reputierlichen Technokraten die Rolle eines Scharniers zukam. Deren Aufwertung erfolgte mit dem parallel orchestrierten Bemühen, Marcos auf *snap elections* – vorgezogene Präsidentschaftswahlen – zu drängen. CIA-Direktor William Casey hatte dies dem Präsidenten während seines Philippinen-Besuchs im Mai 1985 „nahegelegt“. Spätestens im Oktober war erkennbar, dass sich Marcos diesem Ansinnen nicht mehr länger verschließen konnte. Reagans Sonderbeauftragter, Senator Paul Laxalt, war in jenem Monat nach Manila gereist, um diese Forderung mit einer Kritik an der Amtsführung des Präsidenten zu verknüpfen. Als kurz darauf der *Durenberger-Report* ein vernichtendes Urteil gegen die Marcos-Administration aussprach und in deren ungebrochener Herrschaft die Machtübernahme des NDFP-Oppositionsbündnisses binnen drei Jahren für möglich hielt, blieb Marcos nurmehr die Flucht nach vorn.

Gegen snap elections, so ließ er verlauten, habe er nichts einzuwenden. Politisch war er unhaltbar geworden, und wirtschaftlich galt der Archipel als unsicherster Kantonist in der Region. Ein Verdikt, dem sich die auf die Analyse von Kapitalanlagemöglichkeiten in Südostasien spezialisierte *Economic and Political Risk Consultancy, Ltd.* (Hongkong) anschloss. Verzögerte Auszahlungen bereits zugesicherter Kredittranchen der IWF-WB-Gruppe und die „präventive“ Stationierung amerikanischer Spezialeinheiten (SOF) in Clark und Subic unterstrichen den Anfang vom Ende der so lange ungetrübten bilateralen Beziehungen.

Die (vorgezogene) Präsidentschaftswahl im Februar 1986 oder: Der Vorhang fällt

Im Gegensatz zu den Parlamentswahlen vom Mai 1984 ging es jetzt nicht um eine „frische“ Legitimation eines Regimes, dessen Image nach dem Aquino-Mord ramponiert worden war. Für die gemäßigte, bürgerliche Opposition war die Wahl als Testfall und für die Linke als *soft option* der Counterinsurgency im Sinne des Durenberger-Reports konzipiert, um den vom „Parlament der Straße“ und der Guerilla ausgehenden Druck auf Wahlprozesse zu lenken. Stephen Bosworth, Washingtons Botschafter in Manila, konferierte mehrmals mit Generalleutnant Fidel

V. Ramos und dem oppositionellen Kandidatengespann Corazon C. Aquino und Salvador H. Laurel. Die auf Drängen der USA und Kardinal Sins in letzter Minute zustande gekommene Einigung zwischen Aquino und Laurel, auf einer gemeinsamen (UNIDO-)Plattform anzutreten, verhieß Gutes. In dieser zu Marcos höchst willkommenen personalen Alternative verbanden sich gewiefte Politik (Laurel) mit Integrität und Moral (Aquino), was angesichts des isolierten und verhassten Regimes positiv zu Buche schlagen musste. Diese Anti-Marcos-Konstellation bot zudem die Gewähr dafür, dass Washingtons Machtprärogativen unangetastet blieben.

Die politisch turbulenten vier Tage vom 22. bis zum 25. Februar 1986 – gemeinhin als *„People Power-Revolution“* bezeichnet – brachten die Fundamente der Marcos-Herrschaft zum Einsturz. Der Mohr hatte langjährig seine Pflicht und Schuldigkeit getan – nun musste er unzeremoniell von der Bühne abtreten. Die Marcos-Familie samt einer handverlesenen Entourage engster Freunde wurde buchstäblich in einer Nacht-und-Nebel-Aktion von der US-Luftwaffe zuerst nach *Clark Air Base* und von dort aus weiter nach Hawaii ins Exil ausgeflogen.

Quellen & weiterführende Literatur

- Aktionsgruppe Philippinen (agphi) (Hrsg. – 1986): Philippinen – wenn der Bambus bricht. Reinbek bei Hamburg
- Geoffrey Arlin (1973): The Organisers, in: Far Eastern Economic Review (Hongkong) vom 2. Juli und Elaine Elinson (1971): U.S. Train Counter-Insurgency Police for the Philippines, in: Pacific News Service, (415-986-5690) San Francisco – Das OPS war 1962 während der Präsidentschaft John F. Kennedys geschaffen worden.
- Walden Bello (1984): Reagan’s Philippine Policy: Preparing a U.S. Marcos-Dictatorship Without Marcos, in: Philippine Report (Berkeley, Ca.)
- Raymond Bonner (1987): Waltzing with a Dictator: The Marcoses and the Making of American Policy. New York
- Philip Bowring (2022): The Making of the Modern Philippines: Pieces of a Jigsaw State. London/New York
- Noam Chomsky/Edward S. Herman (1979): The Washington Connection and

Third World Fascism – The Political Economy of Human Rights, Vol. l. Boston

- Letizia R. Constantino (1983): World Bank Textbooks: Scenario or Deception. Quezon City
- Wayne Cooper (1972): Operation Phoenix: A Vietnam Fiasco Seen From Within, in: Washington Post vom 8. Juni 1972 & Indochina Resource Center, A Statistical Fact Sheet on the Indochina War, Berkeley (27.9.72)
- Emmanuel S. De Dios (Ed. – 1984): An Analysis of the Philippine Economic Crisis, A Workshop Report. Quezon City
- Heinz Kotte (1987): Das Parlament der Straße – Berichte von den Philippinen 1983-1987. Frankfurt/M.
- Tim Kuschnerus/Rainer Werning (1987): Die Philippinen unter Aquino – Facetten eines Machtwechsels. Frankfurt/M.
- Edward G. Lansdale (1964): Viet Nam: Do We Understand Revolution?, in: Foreign Affairs 43. I (Oct.): S. 75-86
- Ferdinand E. Marcos (1973): Notes on the New Society of the Philippines. Manila
- – (1976): Notes on the New Society of the Philippines II. Manila
- – (1978): Revolution from the center: How the Philippines is using martial law to build a New Society. Hongkong
- National Security Study Directive: U.S. Policy Towards the Philippines, Washington, D.C. (Nov. 1984)
- Guy J. Pauker (1962): Notes on non-military measures in control of insurgency. Sta. Monica/California: Rand Corporation, Rand Corp. Papers, P-2642
- Lucian W. Pye (1962): Armies in the Process of Political Modernization, in: John J. Johnson (Ed.): The Role of the Military in Underdeveloped Countries. Princeton

- Prof. Roland G. Simbulan: U.S. Intervention in the Philippines, (mirneo.), 1985, o.O.
- The Philippines: A Situation Report. Staff Report to the Senate Select Committee On Intelligence, United States Senate, Washington, D.C. (1.11.) 1985 – Vorsitzender dieses Komitees war David Durenberger.
- Rainer Werning (1985): Verhinderte Unabhängigkeit – Agrar- und Wirtschaftspolitik in den Philippinen. Münster
- Rainer Werning/Jörg Schwieger (Hrsg. – 2025): Von Marcos zu Marcos: Die Philippinen seit 1965. Wien

Titelbild: Mirt Alexander/shutterstock.com